

## CDU sieht Engpass an NRW-Unis

„Schlecht vorbereitet für Doppel-Jahrgang“

**Düsseldorf.** Die NRW-Hochschulen sind aus Sicht der CDU auf die anrollende Studentenzahl finanziell, personell und räumlich schlecht vorbereitet. 2013 werden wegen des doppelten Abiturjahrgangs mindestens 122 900 Studienanfänger erwartet – 2011/12 waren es nur 104 000. „Rot-Grün trifft nicht genug Vorsorge und muss endlich die Hausaufgaben machen“, warnte der CDU-Hochschul-experte Stefan Berger.

Nach Berechnungen Bergers fehlen den NRW-Hochschulen rund 40 Millionen Euro im Jahr für Tutorien, zusätzliche Räume und Lehrpersonal. Allein für die Ruhr-Universität Bochum beziffert die CDU die Lücke aus dem Wegfall der Studiengebühren auf 3,5 Millionen Euro. Das Ministerium verwies aber darauf, dass die Gesamteinnahmen der Ruhr-Uni von 2008 bis 2011 um 19,5 Prozent gestiegen sind.

Erhebliche Probleme beim Studentenansturm 2013 fürchtet die Opposition auch bei den Vergabeverfahren der Studienplätze sowie der häufig schleppenden Bearbeitung der Befähigungsanträge. Auch fehlen in Ballungsräumen Wohnungen. Das NRW-Wissenschaftsministerium wies die Befürchtungen zurück und erwartet, dass sich die finanzielle Lücke an den Hochschulen bis 2013 schließen lässt.

### Mehr Beschäftigte

Im Vergleich zum Vorjahr ist 2011 die Zahl der Beschäftigten an NRW-Hochschulen um 3,7 Prozent gestiegen, teilte das Statistische Landesamt mit. Demnach arbeiten an den 71 Hochschulen und Hochschulkliniken Ende 2011 rund 117 400 Menschen. Das meiste Personal beschäftigte die Technische Hochschule Aachen mit mehr als 14 400 Menschen, es folgen die Unis Münster und Köln. *goe/dapd*



Zu eng ist es oft in den Hörsälen in NRW. FOTO: JAKOB STUJNAR

## Staatsanwalt zieht Berufung im Prozess um Neonazis zurück

**Dortmund.** Die Staatsanwaltschaft Dortmund hat ihre Berufung gegen den Freispruch eines Neonazis zurückgezogen. Dies teilte die Staatsanwaltschaft jetzt mit. Es ging in dem Verfahren um dem Überfall auf eine DGB-Mai-Kundgebung in Dortmund. Die Richter hatten einen Mann vom Verdacht freigesprochen, er habe gegen das Versammlungsgesetz verstoßen und Landfriedensbruch begangen. Die Staatsanwaltschaft hatte ursprünglich Rechtsmittel gegen das Urteil des Amtsgerichts Dortmund eingelegt. Nun ist das Urteil gegen den Mann rechtskräftig. Die Staatsanwaltschaft verspricht sich nach eigenen Angaben von einer Berufungsverhandlung keine entscheidenden neuen Ergebnisse. Sie hatte dem Mann unter anderem vorgeworfen, den Überfall von rund 400 Neonazis auf die DGB-Demonstration mit organisiert zu haben. *dapd*

Von Hayke Lanwert

**Bochum.** Dreimal schon kam seine Mutter mit ihm zu Besuch vorbei, und die Art und Weise wie Leni sich zwischen Kinderstühlen und Bobbycars bewegt, ist ein gutes Zeichen. Kein Fremdeln, kein ängstliches Suchen nach Mamas Hand. Doch gerade jetzt scheint ihm die Situation nicht ganz geheuer. Sie hat, das Handy am Ohr, den Raum verlassen, will sich in Ruhe auf ein Gespräch mit ihrem Chef konzentrieren: „Ja, dreißig Stunden die Woche, das wäre gut!“ Und da krabbeln die Einjährige ihr dann sicherheits-halber doch hinterher. Der ganz normale Alltag in einer Kindertagesstätte also.

Aber diese Einrichtung im Bochumer Stadtteil Gerthe ist keine normale Einrichtung. Bald drei Jahre lang stand der katholische Kindergarten von St. Elisabeth leer, bis Simone Hammerschmidt ihn entdeckte. Hammerschmidt, eine 55-jährige ehemalige Verwaltungsangestellte, arbeitet bereits seit sechs Jahren als Tagesmutter, schloss sich nun mit einer weiteren Tagesmutter zusammen, um ihrer beruflichen Existenz eine breitere Basis zu verschaffen. „Großpflege“ nennt sich das.

Kindertbetreuung in Deutschland ist vielfältiger geworden. Allein in Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der offiziell gemeldeten Tagesmütter von knapp 7400 (in 2007) auf 10 425 (in 2010) gestiegen. Quer durch das Land mühen sich Kommunen, neue Kita-Plätze zu errichten, gründen Großunternehmen eigene Betriebskindergärten. Und trotzdem wird das Betreuungsangebot aller Voraussicht nach nicht ausreichen, um dem ab 1. August 2013 geltenden Rechtsanspruch von Eltern auf einen Platz für ihr Kleinkind gerecht zu werden.

„Um den zu erfüllen, fehlen 16 000 Tagesmütter und 14 000 Erzieherinnen“, sagt Gerd Landsberg, der Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes. Der fordert längst eine Tagesmütter-Offensive, um für den Beruf zu werben. „Erzieherinnen, die jetzt ihre Ausbildung

# Tagesmütter im Gründerfieber

Mit ihrem Kinderhaus wagen zwei Bochumerinnen den Schritt zum eigenen Unternehmen. Landesweit werden Frauen wie sie gesucht



Tagesmutter Simone Hammerschmidt gründet ihr eigenes Unternehmen: Tim und Cedric (v.l.) sind erste Schützlinge im Kinderhaus Lothringen. FOTO: MATTHIAS GRABEN

beginnen, stehen uns erst in ein paar Jahren zur Verfügung. Tagesmütter können schneller ausgebildet werden“, sagt Landsberg. Das Bochumer Kinderhaus Lothringen von Simone Hammer-

## „Dieser Beruf wird nicht genug wertgeschätzt“

Antje Beierling, Sprecherin des Landesverbands Kindertagespflege

schmidt befindet sich noch in der Aufbauphase. Hammerschmidt, die das Projekt mit der ausgebildeten Kinderpflegerin Melanie Ruschmeyer (33) auf die Beine stellte, hat eigens ein Existenzgründer-Darlehen aufgenommen. Sie ließ in dem 70er-Jahre Kindergarten eine neue Heizung installieren, riss Wände

heraus und richtete ihn neu ein. Mit klassischen Kindergarten-Möbeln und viel Ikea. Ein schöner Ort, Kind zu sein, umgeben von einem großen, geschützten Garten. Aber eben auch eine Investition. Eine, die sich rentieren soll.

Drei Kleinkinder gewöhnen sich dort gerade ein, weitere sind angemeldet. Neun, so sieht es das Gesetz vor, dürfen es maximal sein. Zu wenig, als dass es sich angesichts der Betriebskosten für zwei selbstständige Tagesmütter und eine angestellte rechnen würde. Und so denkt Hammerschmidt bereits weiter. Eine private Kindertagesstätte für zehn Kinder soll das Angebot ergänzen. Platz genug gibt es, Interessenten auch. „Drei schwangere Frauen haben ihre ungeborenen Kinder bereits angemeldet“, sagt Hammerschmidt.

Auch das ist Alltag, dass sich El-

tern die Hacken abrennen, rechtzeitig zum Ende ihrer Elternzeit einen Betreuungsplatz zu finden. Und oft genug klappt es eben nicht. Auch in Duisburg weiß man jetzt schon, dass am 1. August 2013 der Rechtsanspruch nicht erfüllt werden kann. Für gerade einmal 29 Prozent der unter Dreijährigen wird es einen Platz geben, angestrebt sind landesweit 32 Prozent. Diesen Bedarf hatte das Jugendinstitut München für NRW errechnet. „Das schaffen wir nicht. Aber wir haben von Anfang an auf Tagesmütter gesetzt, bilden intensiv aus und haben dadurch die Zahl der von ihnen betreuten Kinder in den vergangenen drei Jahren von zweihundert auf achthundert steigern können“, sagt der Duisburger Jugendamtsleiter Thomas Krützbeg.

Das Jugendamt zahlt Tagesmüttern vier bis fünf Euro pro Kind pro

Stunde und liegt damit über dem bundesweiten Schnitt, der deutlich unter vier Euro liegt. Dem Bundesverband Kindertagespflege ist das zu wenig. Der hatte bereits 2004 5,50 Euro als Richtlinie empfohlen. Davon sind viele Kommunen bis heute weit entfernt. „Wenn wir da nicht zu vernünftigen Regelungen kommen, zu existenzsichernden Löhnen, springen uns die Tagesmütter ab. Das ist unsere Sorge“, sagt dessen Referent Klaus-Dieter Zühlke.

Durch das Bochumer Kinderhaus Lothringen flirrt die typische Nervosität der Gründungsphase: „Wird’s wohl funktionieren?“ Denn Simone Hammerschmidt und ihre Kollegen haben viel riskiert für ihre neue Existenz. Eines genießen sie allerdings schon jetzt: Endlich wieder im Team zu arbeiten, nicht mehr allein zu Hause.

## Haarriss im Stahlmantel eines belgischen Kernkraftwerks

Reaktor bleibt zunächst abgeschaltet

Von Knut Pries

**Brüssel.** Ein Schaden im Kernkraftwerk Doel bei Antwerpen beunruhigt Belgien und die Europäische Union. In dem betagten Meiler muss der Block 3 bis auf weiteres abgeschaltet bleiben. Bei einer Routine-Überprüfung hatten Experten im Stahlmantel des Reaktor Druckbehälters einen 20 Millimeter langen Haarriss entdeckt. Der Betreiber Electrabel und die Atomaufsicht versichern nun, eine Gefahr für Bürger und Umwelt bestehe nicht. Die Frage ist allerdings, ob auch andere Druckbehälter des Fabrikats anfällig sind. Zwei Behälter sollen auch nach Deutschland gegangen sein.

Die Betreiberfirma Electrabel erklärte, Block 3 werde erst wieder hochgefahren, wenn garantiert sei, dass die Hülle auch bei einem Unfall jede Belastung aushalte. Belgiens Atomkraftwerke Doel und Tihange produzieren die Hälfte des nationalen Stromverbrauchs. Die belgische Regierung plant den

Ausstieg aus der Nuklear-Technologie. Danach soll Doel 3 im April 2022 endgültig vom Netz gehen, Tihange 2 ein Jahr später. Hinter diesen Plänen steht jetzt ein Fragezeichen – der Austausch eines Druckbehälters gilt als nahezu unmöglich, die nachhaltige Reparatur eines Risses als schwierig. Sollte Doel 3 schon jetzt ausfallen, müssten wohl die beiden ältesten Blöcke länger laufen.

Die EU-Kommission in Brüssel verwies darauf, dass die nach der Fukushima-Katastrophe eingeleitete Tauglichkeitsprüfung für die europäischen Atommeiler noch nicht abgeschlossen sei. Das Ergebnis werde Energie-Kommissar Günther Oettinger im Herbst vorlegen. Für Kontrolle, Abschaltung oder Nachrüstung seien die Mitgliedsstaaten zuständig, so Oettingers Sprecherin. Zur Weitergabe von Informationen seien die EU-Länder nur bei Unfällen verpflichtet. Daher wisse die Kommission nicht, wo in der EU weitere Druckbehälter der Bauart wie in Doel 23 installiert sind.

## Grüne und Fahrradclub kämpfen gegen E-Bike-Verbot in Zügen

Behinderte sollen Tandems weiterhin mitnehmen können

Von Theo Schumacher

**Düsseldorf.** Der Streit um das geplante Transportverbot von E-Bikes und Tandems in Nahverkehrszügen in NRW eskaliert – das letzte Wort ist aber noch nicht gesprochen. Nach einem Protestschreiben der Grünen an die Verkehrsverbände, das dieser Zeitung vorliegt, lenkt man dort vorsichtig ein. „Wir sind gesprächsbereit und werden darüber noch mal nachdenken“, sagte Sprecher Holger Klein beim Landesarbeitskreis Nahverkehr auf Anfrage.

Um die „angespannte Platzsituation“ in den Zügen zu „entzerren“, hatten sich die Akteure im Nahverkehr auf die landesweite Einschränkung ab 1. Januar 2013 verständigt. E-Bikes und Tandems seien besonders sperrig, hieß es. Schon heute reiche das Platzangebot in den Waggons für Fahrgäste kaum aus. Außerdem führe die Mitnahme von Fahrrädern in Bussen und Zügen oft zu Konflikten, auch mit Kontrolleuren.



Sind E-Bikes zu groß für Züge?

FOTO: JAKOB STUJNAR

Nach dem Fahrradclub ADFC schaltete sich Grünen-Verkehrsexperte Arndt Klocke ein. Angesichts des E-Bike-Booms gingen die Pläne „am geänderten Mobilitätsverhalten der Menschen“ vorbei“, schrieb er. So seien 2011 in NRW 90 000 E-Bikes verkauft worden. Für dieses Jahr würden 125 000 Verkäufe er-

wartet. Überhaupt nicht einsehen will Klocke, dass die Mitnahme von „Pedelecs“, bei denen ein Elektromotor zugeschaltet werden kann, im Gegensatz zum E-Bike weiter gestattet werden soll. Beide Radtypen seien baugleich. Der Ex-Landeschef der Grünen will das Thema beim Landtags-Verkehrsausschusses behandeln. Politisch reizvoll daran ist, dass die Verkehrsverbände die umstrittene Neuregelung mit dem SPD-geführten Verkehrsministerium abgestimmt hatten.

Einen Erfolg haben die Behindertenverbände erzielt. Die Verkehrsverbände reagierten auf ihren Hinweis, dass für Menschen mit Behinderung das Tandem ein wichtiges Fortbewegungsmittel sei. Wer einen Schwerbehindertenausweis vorlegt, soll deshalb sein Tandem auch künftig in der Bahn mitführen können. Weitere Korrekturen sind möglich. Vielleicht, sagte Klein, würden die neuen Vorschriften erst in einem „Pilotversuch“ erprobt.